

Zentralismus Schweiz EU

Ein durch seine Farblosigkeit unnütz gewordenes Gemeinwesen, das nur noch eine Reduktion von schon bestehenden anderen auf einen kleineren Massstab ist, duldet Europa auf die Länge in seiner Mitte sicherlich nicht, und es würde auch sich selbst allmählich so überflüssig und bloss hinderlich für die allgemeinen Gedanken humanitären Fortschrittes vorkommen, dass es in irgend einer der jetzt hierfür sehr erleichterten Formen in seine Auflösung einwilligen müsste. *Hilty, Carl. Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1891, S. 418*

Die Schweiz ist wie jeder andere Staat von vielen Umständen abhängig. Sie muss jedoch weitestmöglich ihre Reaktionsfähigkeit wahren. Es bleibt ihr, wie seit jeher, vorbehalten, das Wertvolle zu übernehmen und anderes abzulehnen. Das macht jeder Staat, jedes souveräne Gebilde. Ein solcher Akt ist für die Schweiz in keiner Weise ein demütiger Nachvollzug. Besser ist die freiwillige, angemessene Gesetzesanpassung an vernünftige Euronormen als der zwangsmässige, gleichgeschaltete Vollzug, den uns die EU oder das EWR-Gebilde auferlegen würden. Die Gefahr, dass unsere Bundesräte angesichts der Machtverhältnisse zum Nachteil der Schweiz im Ministerrat überstimmt oder umgestimmt würden, ist grösser als die Chance, dass unsere Bundesräte sich in kritischen Situationen durchsetzen könnten. Bleiben wir draussen, bleiben die Volksrechte, d. h. Referendums- und Initiativrechte zur Gänze erhalten. Das Volk bleibt Herr und Frau im Hause. Übrigens: ob die EU mit der Schweiz, einer direkten Demokratie, so gut harmonieren und leben könnte, ist nicht sicher. Vielleicht ist sie froh, dieses eigenwillige Land nicht in ihre Reihen aufnehmen zu müssen, auch wenn sie bedauert, vom Reichtum der Schweiz nicht profitieren zu können.

Hans Baur: EU oder direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 122

Folgendes lässt sich für den Fall eines Beitritts in eine EU mit Einheitswährung mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussagen:

- Die Unabhängigkeit würde verloren und ein erheblicher Teil der Volkssouveränität würde an eine Exekutive abgetreten, in denen ausländische, professionelle Politiker das Sagen hätten.
- Die direkte Demokratie wäre in grossen wichtigen Bereichen ausgeschlossen.
- Subsidiarität, Föderalismus und persönliche Freiheit würden erheblich eingeschränkt.
- Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit der viersprachigen Schweiz wären gefährdet.
- Eine erhebliche Zuwanderung und eine erhöhte Arbeitslosigkeit wäre sehr wahrscheinlich.
- Der Schutz der Umwelt, der Alpen und der Landwirtschaft würde sinken.
- Die dauernde weltweite Neutralität müsste aufgegeben werden.
- Die für die Schweiz wichtige eigene Aussenhandelspolitik wäre unmöglich, weil die EU diese Aufgabe allein übernimmt.

Könnten Bürger und Bürgerinnen sowie Stände über gewisse Steuern und Abgaben nicht abstimmen, ginge die wichtige Bremse des Referendums verloren. Die Fiskal- und Staatsquote würde ungehemmter ansteigen. Die Standortqualität würde zusätzlich abnehmen.

Durch den Überbau der EU werden längerfristig die Planwirtschaft, die Bürokratie, Regulierung, die Staats-, Fiskal- und Sozialabgabenquote sowie die Umverteilung von Einkommen erheblich zunehmen. Produktivität, Standortqualität, Konkurrenzfähigkeit und Wohlstand würden abnehmen.

Die Arbeitslosenquote, die Inflation und die Verschuldung würden zunehmen.

Hans Baur: EU oder direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 150f